

Inhaltsverzeichnis	5
VORWORT	
Herbert Beck	
Roland Kaehlbrandt	
Werner Müller-Esterl	9
EINFÜHRUNG UND RESÜMEE	
Roland Kaehlbrandt	13
GRUSSWORT	
Felix Semmelroth	
Kulturdezernenten der Stadt Frankfurt am Main	21
GRUSSWORTE	
Klaus Ring, Präsident der Polytechnischen Gesellschaft	25
Matthias Lutz-Bachmann, Vize-Präsident der Goethe-Universität Frankfurt am Main	31
Herbert Beck, Geschäftsführer des Kulturfonds Frankfurt Rhein-Main	36
GEBURTSTAGSGRUSS	
Sophie Ziegler-Himmelreich Stipendiatin der Stiftung Polytechnische Gesellschaft	41

Bürgergesellschaft und Bürgerstädte – WURZELN

DIE POLIS – VON ATHEN BIS FRANKFURT

Peter Funke 45

INDIVIDUUM UND GESCHICHTSBEWUSSTSEIN

Ute Frevert 67

REICHTUM SCHAFFEN, SPENDEN UND STIFTEN –
CITOYEN UND BÜRGERLICHE VERANTWORTUNG

Jan Gerchow 83

BÜRGERLICHE POLITISCHE PHILOSOPHIE
UND STADTGESELLSCHAFT

Andreas Fahrmeir 117

Bürgergesellschaft und Bürgerstädte – GEGENWART

FREIHEIT UND WETTBEWERB

Rainer Klump 139

PODIUMSGESPRÄCH

WISSEN UND BILDUNG

Eckhard Klieme
Andreas Gold
Tilman Allert
Roland Kaehlbrandt (Moderation) 165INTEGRATION IN DER BÜRGERGESELLSCHAFT
ALS EINWANDERUNGSGESELLSCHAFT

Klaus J. Bade 199

TEILHABE, MITWIRKUNG, GOVERNANCE

Gunnar Folke Schuppert 225

Bürgergesellschaft und Bürgerstädte – ZUKUNFT

PODIUMSGESPRÄCH

BÜRGERGESELLSCHAFT FRANKFURT-RHEIN-MAIN
– AUF DEM WEG
ZU EINEM NEUEN SELBSTVERSTÄNDNIS:
PERSPEKTIVEN FÜR 2030Uwe Becker
Herbert Beck
Michael Boddenberg
Ulrich Krebs
Hermann-Josef Lamberti
Klaus Ring
Albert Speer
Werner D'Inka (Moderation) 247BÜRGERUNIVERSITÄT ALS HERAUSFORDERUNG
SCHLUSSWORTWerner Müller-Esterl
Präsident der Universität Frankfurt am Main 303Verzeichnis der Autoren,
Gesprächsteilnehmer und Moderatoren 308

Literaturhinweise 318

VORWORT
POLYTECHNIK-KOLLEG

»Bürgergesellschaft und Bürgerstädte«

Dieser Band geht zurück auf das erste „Polytechnik-Kolleg“ zum Thema „Bürgergesellschaft und Bürgerstädte – Wurzeln, Gegenwart, Zukunft“, eine Veranstaltungsreihe, die gemeinsam von der Stiftung Polytechnische Gesellschaft, der Goethe-Universität Frankfurt am Main und dem Kulturfonds Frankfurt RheinMain durchgeführt wurde. Mit dem Thema „Bürgergesellschaft und Bürgerstädte“ hatten sich die Veranstalter ein anspruchsvolles Thema ausgesucht, das ihre drei Organisationen in besonderer Weise zugleich angeht und von ihnen mitgestaltet wird.

Bürgergesellschaft – dieser Begriff weckt viele Sympathien. Mit ihm verbinden sich Vorstellungen von einer Gesellschaft, in der nicht nur der Staat, sondern auch und gerade das zivile Gemeinwesen wichtige Beiträge zur gesellschaftlichen Entwicklung leistet. Allerdings zeichnet den Begriff auch eine gewisse Unschärfe aus. Bürgergesellschaft und Bürgerstädte hängen eng miteinander zusammen, sowohl historisch als auch in der Gegenwart. Das Polytechnik-Kolleg wollte herausarbeiten, welche Vorstellungen es von

einer aktiven Bürgergesellschaft und Bürgerstadt gibt, welche historischen Entwicklungslinien ihnen zugrunde liegen, welche Wirklichkeit und Wirkungskraft sie haben und welche Zukunft sie haben mögen. Experten wurden gebeten, das Verständnis zu erleichtern: Historiker, Soziologen, Ökonomen, Erziehungswissenschaftler, Psychologen und Juristen; aber auch Praktiker der Bürgergesellschaft, gerade im letzten Teil des Kollegs, als es um Perspektiven der Bürgergesellschaft Frankfurt Rhein-Main ging.

Die Veranstaltungsreihe umfasste drei große Abendveranstaltungen zwischen November 2010 und April 2011. Diese wurden ergänzt durch vertiefende Themen-Salons an zwei Samstagen. Insgesamt waren es also fünf Veranstaltungen. Diese brauchte es, um den Begriffen, aber auch den Daseinsformen von Bürgergesellschaft und Bürgerstadt auf den Grund zu gehen, historisch, aktuell und zukunftsbezogen. Anlass war das fünfjährige Jubiläum der Errichtung der Stiftung Polytechnische Gesellschaft Frankfurt am Main.

Den ersten Anstoß zu diesem Kolleg gab Prof. Dr. Herbert Beck, als er gemeinsam mit Dr. Roland Kaehlbrandt im Jahr 2007/2008 einen Gedankenaustausch über das Thema eines Studiums fundamentale zum Thema der Bürgergesellschaft pflegte. Dann machten sich beide an die Ausarbeitung des Programms und gewannen die Goethe-Universität als Partner.

Was verbindet die Veranstalter mit dem Thema? Die Polytechnische Gesellschaft ist aus der bürgerlichen Aufklärung hervorgegangen und steht mit ihrem Engagement seit ihrer Gründung im Jahr 1816 für Eigeninitiative und Verantwortung. Im November 2005 errichtete sie die Stiftung Polytechnische Gesellschaft Frankfurt am Main. Diese setzt sich umfassend für die Zukunftsfähigkeit der Bürgerstadt Frankfurt am Main ein, mit Wirkungen auch für die Rhein-Main-Region. Darin verfolgt sie ähnliche Ziele wie

die 2007 gegründete Gemeinnützige Kulturfonds Frankfurt RheinMain GmbH. Die Goethe-Universität ist seit 2008 – wie bei ihrer Gründung – wieder Stiftungsuniversität. Sie steht für die Verbindung von Wissenschaft und bürgerschaftlichem Engagement.

Wer bildete das Publikum des Polytechnik-Kollegs? Es waren Bürger aus Frankfurt-Rhein-Main, engagierte Mitgestalter der Bürgergesellschaft. Sie sind in Vereinen aktiv, tragen Verantwortung in der Politik, sind Stipendiaten aus den verschiedenen Stipendienprogrammen der Stiftung – StadtteilHistoriker, Stadtteil-Botschafter, Bürgerakademiker und Stipendiaten des wissenschaftlichen Stipendiatenwerks. Und es waren Wissenschaftler von der Goethe-Universität. Praktiker und Wissenschaftler kamen zusammen. Deshalb auch der Begriff Polytechnik-Kolleg – denn polytechnisch heißt: die Verbindung von Theorie und Praxis und die Nützlichkeit für die Gesellschaft nicht aus dem Auge zu verlieren.

Deshalb waren die Veranstalter und die Referenten um Verständlichkeit und Klarheit der Ausführungen bemüht. Es ging um einen gedanklichen Austausch auf hohem Niveau und mit größtmöglicher sprachlicher Klarheit. Dazu haben auch die Moderatoren durch hohe Sachkenntnis und kommunikatives Geschick beigetragen.

Sehr geehrte Leserinnen und Leser, machen Sie sich auf eine kleine Forschungsreise mitten in die Bürgergesellschaft. Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre.

Herbert Beck
Roland Kaehlbrandt
Werner Müller-Esterl

ROLAND KAEHLBRANDT

EINFÜHRUNG UND RESÜMEE

Was ist eigentlich ein Kolleg? Laut Fremdwörter-Duden, den mir mein Großvater im Jahre 1970 schenkte, als ich 16 wurde (in seiner Widmung schrieb er in einer Mischung aus Mahnung, Besorgnis und Ermutigung: „Meinem Enkel, zur Klärung der Begriffe bei seinem Kampf um eine bessere Welt“) ist ein Kolleg einmal eine Vorlesung, dann aber auch eine kirchliche Studienanstalt für katholische Theologen sowie schließlich eine Schule mit Internat der Jesuiten.

Als Herr Prof. Beck und ich zum ersten Mal gemeinsam über ein Polytechnik-Kolleg sprachen, hatten wir eine Art bürgergesellschaftliches *studium fundamentale* vor dem geistigen Auge. Es ging in der Tat darum, die Begriffe zu klären. Allerdings hatten wir keine Jesuitenanstalt im Sinn und nicht die Absicht, ein Gebäude zu errichten. Warum auch? Denn wo kann man besser und konzentrierter über Bürgergesellschaft und Bürgerstädte sprechen als in einer Universität, die von Bürgern gegründet wurde?

Die Klärung der Begriffe „Bürgergesellschaft“ und „Bürgerstädte“ ist durchaus keine leichte Aufgabe. Der Begriff der Bürger-

gesellschaft ist unscharf. Wir wollten deshalb klären welche Wirklichkeit *wir uns unter ihnen vorzustellen haben*. Aber es ging nicht nur um eine *theoretische* Klärung, welche Rolle Staat und Gesellschaft dabei spielen sollen, sondern auch um eine *praktische* Selbstvergewisserung, welche Rolle *jeder Einzelne* von uns als Bürger zu übernehmen bereit ist. Insofern greifen hier Theorie und Praxis ineinander – wie es die polytechnische Tradition empfiehlt.

Zunächst zu den Begriffen: Der Begriff „Bürgergesellschaft“ wird teilweise in gleicher Bedeutung wie der Begriff „Zivilgesellschaft“ verwendet. Dabei handelt es sich um eine Sphäre zwischen Staat, Wirtschaft und Privatleben. Hier erbringen Bürger freiwillige Leistungen für die Gemeinschaft, zum Beispiel in Form von Vereinen, Initiativen, Stiftungen und Nachbarschaftshilfen. Bürgergesellschaft wird aber auch darüber hinaus als eine Gesellschaft verstanden, in der sich die Bürger zutrauen (und in der ihnen zugetraut wird), aus Eigeninitiative nicht nur Karitatives zu leisten, sondern auch gesellschaftliche Innovationen zu befördern. Wie man es auch definieren mag – in jedem Falle ist es eine Gesellschaft, in der das Engagement der Bürger über die reine Pflichterfüllung hinaus gewünscht ist, gefördert wird und einbezogen wird, weil man sich davon einen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt und Impulse für die Entwicklungsfähigkeit des Gemeinwesens verspricht.

Eine besondere Rolle spielen dabei die Städte – als Kernformen bürgerlicher Selbstorganisation, zunächst historisch, aber auch durchaus zukunftsbezogen. Gerade in der Globalisierung sehen viele in den Städten, also vor Ort, Ankerpunkte des Zusammenhalts in dynamischer Zeit. Das können aber auch Regionen sein, die durch Zusammenarbeit und Bürgerengagement gekennzeichnet sind. Frankfurt und Frankfurt-Rhein-Main haben hier möglicherweise eine Vorreiterrolle.

Was wurde in den Kolleg-Veranstaltungen erarbeitet? Ich gebe ein sehr knappes Fazit:

Im November 2010 war das Thema das Entstehen der Bürgergesellschaft aus der griechischen Polis. Prof. Peter Funke hat die Entwicklung der Polis aus einer reinen Siedlungsform hin zu einer politischen Gesellung mit Mitwirkungsmechanismen nachgezeichnet.

Mit der Zeit der bürgerlichen Aufklärung bzw. mit der Herausbildung der Individualität und des Geschichtsbewusstseins befasste sich die Leibniz-Preisträgerin Prof. Ute Frevert. Mit der Herausbildung der Individualität braucht das Bürgertum auch eine Sicherheit in einer nicht mehr nur kollektiv gestalteten Welt, und diese verleiht das Geschichtsbewusstsein, welches Zusammenhang und Sinn stiftet und zudem Selbstbewusstsein verschafft.

Die bürgerliche Kultur des Gebens stand im Zentrum der Ausführungen von Dr. Jan Gerchow, Leiter des Historischen Stadtmuseums Frankfurt, der das Spenden, Schenken und Stiften als besondere Form der Übernahme von Verantwortung über die Pflicht hinaus illustrierte.

Mit dem politischen Denken und Handeln des Frankfurter Stadtbürgertums befasste sich Prof. Andreas Fahrmeir. Er wies in einem kritischen Beitrag darauf hin, dass das Stadtbürgertum Frankfurts im 19. Jahrhundert nur 6000 Bürger zählte (bei 60000 Einwohnern) und dass die Idee gleicher Beteiligung aller erst noch einen längeren Weg zurücklegen musste, auch wenn sie im Bürgertum angelegt war.

Mit der Gegenwart der Bürgergesellschaft befasste sich Prof. Rainer Klump unter dem Thema „Freiheit und Wettbewerb“, insbesondere in den Bereichen Wirtschaft, Politik und Wissenschaft. Es macht deutlich, dass Freiheit nur bei sinnvoller Beschränkung praktisch funktioniert. Die Kartellgesetzgebung ist ein Beispiel wie auch – weiter gefasst – die ordoliberalen Freiburger Schule im

Kontrast zur Chicago School. Im politischen Bereich nannte Prof. Klump bestimmte Wahlverfahren als Beispiel, und im wissenschaftlichen Bereich gewisse Regeln des Forschens. Als Quintessenz ist festzuhalten, dass es kein effizienteres Verfahren als den Wettbewerb gibt, um zu besten Leistungen zu kommen, und dass dafür Freiheit herrschen muss, dass diese aber auch pragmatisch sinnvoll eingeeht sein muss, auch durch das Prinzip Verantwortung.

„Welches Wissen und welche Bildung braucht die Bürgergesellschaft?“, wurden die Professoren Allert, Klieme und Gold gefragt. Im Ergebnis wurde deutlich, dass es der Bürgergesellschaft an einer Art „Greenpeace für die Bildung“ fehle, an einer kämpferischen Kraft für bestmögliche Bildung (auch wenn den Stiftungen hier eine wichtige Rolle eingeräumt wurde). Bei aller berechtigten PISA-Messung von Leistungen dürfe nicht der Blick für das humanistische Bildungsideal verloren gehen. Der heute verbreitete Ausspruch „keine Ahnung!“ sei in diesem Sinne wörtlich zu nehmen. Wichtig sei auch methodisches Wissen. Bei Studenten müsse auch Erkenntnistheorie gelehrt werden, nicht nur Fachwissen. In den Familien werde immer noch langfristige Persönlichkeitsbildung geleistet, in einer Art „leistungsindifferentem“ Schutzraum (Prof. Tilman Allert). Persönlichkeitsbildung wurde als elementar für die Bürgergesellschaft angesehen.

Integration und Migration war das Thema von Prof. Klaus J. Bade, der deutlich machte, dass Bürgergesellschaft auch Einwanderungsgesellschaft bedeutet, wobei Deutschland eher auf dem Weg zu einer Abwanderungsgesellschaft sei. Die Bildungsprobleme von Migranten seien überwiegend als Probleme sozialer Schichten zu identifizieren.

Zum Thema „Mitwirkung, Teilhabe, Governance“ führte Prof. Gunnar Folke Schuppert aus, dass für das Gemeinwohl nicht nur der Staat zuständig ist. In der Bürgergesellschaft sei eine akti-

vierende Politik der Verantwortungsteilung erforderlich. Eine zukunftsweisende Aufgabe sei dabei die Stärkung der lokalen Demokratie. Mit Blick auf die aktuelle wissenschaftliche Literatur zu dem Thema Governance verwies Schuppert auf die These des „aktivierenden Anschubsens“. Dieses sei auch von Seiten des Staates im Sinne eines „libertären Paternalismus“ hilfreich, um gemeinwohlorientierte Verhaltensweisen zu befördern.

Noch einmal zusammengefasst: Freiheit, Wettbewerb und Verantwortung über die Pflicht hinaus bilden die Wertegrundlage der modernen Bürgergesellschaft als einer Gesellschaftsform oder eines gesellschaftlichen Zustandes, der die Mitwirkung und Mitgestaltung seiner Bürger wünscht, bejaht und fördert. Historisch ist die Polis der Ursprung organisierter Politik im Sinne der gesteuerten Verantwortungsteilung. Insofern sind die Städte historische Kernpunkte der Bürgergesellschaft. Das Bürgertum selbst entwickelt sich als Träger der Demokratie, indem es das Individuum als gestaltende Kraft auch außerhalb herkömmlicher Kollektive setzt und es durch ein Geschichtsbewusstsein gewissermaßen wieder aufnimmt und einbindet. Geben, Schenken, Spenden und Stiften werden zu vorbildlichen Haltungen eines selbstbewussten Stadtbürgertums, das seine Zeit braucht, um alle als Bürger zuzulassen. In moderner Zeit sind Bildung und Persönlichkeitsbildung wie auch die produktive Wendung der Einwanderung wesentliche Gemeinschaftsaufgaben, zu deren Bewältigung nicht nur der Staat allein, sondern das Gemeinwesen insgesamt Beiträge leisten muss (und leistet). Die Steuerung oder Ausbalancierung (Governance) der Bürgergesellschaft als eines Ensembles, dessen staatliche Seite aktivierend wirkt und dessen zivilgesellschaftliche Seite selbst aktiv ist, gehört zu den wichtigsten Zukunftsaufgaben im Sinne einer aktivierenden Politik der Verantwortungsteilung beim Gemeinwohl.

Zur Gegenwart und zu den Perspektiven der Bürgergesell-

schaft Frankfurt-Rhein-Main äußerten sich acht Experten unter der kundigen Moderation von Prof. Werner D'Inka, Herausgeber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. Es bestand der Konsens aller Podiumsteilnehmer, dass Bürgerengagement in seiner gewachsenen Tradition und mit seinen vielfältigen Formen ein großer Vorteil für die Region Frankfurt-Rhein-Main ist und dass dieser Vorteil durch Förderung der Gestaltungsfreiheit des zivilgesellschaftlichen Bereichs zu bewahren und auszubauen ist.

Die Region Frankfurt RheinMain ist eine polyzentrische Region. Die Bevölkerung identifiziert sich durchaus mit der Region. Der polyzentrische Charakter der Region ist Ursache für fruchtbare Reibungsprozesse, aus denen wirtschaftliche, kulturelle und wissenschaftliche Innovation entsteht. Allerdings müssen Vielfalt und Unterschiedlichkeit wie auch Wettbewerb andererseits wieder eingefasst werden von kooperativen Formen und Strukturen. (Dr. Hermann-Josef Lamberti). Die Region hat in den letzten Jahren deutlich an Greifbarkeit und Akzeptanz gewonnen. Der neu zu bildende Regionalverband ist ein Ausdruck freiwilliger regionaler Zusammenarbeit. Diese wird auch in Frankfurt gewünscht und gefördert (Stadtrat Uwe Becker, Landrat Ulrich Krebs). Die Landesregierung zieht die freiwillige regionale bzw. interkommunale Zusammenarbeit deutlich einer von oben gesetzlich verordneten regionalen Zusammenarbeit vor (Minister Micheal Boddenberg). Die Erfahrungen des Kulturfonds zeigen, dass regionale kulturelle Zusammenarbeit erfolgreich und für alle Beteiligten nutzbringend ist. Es gibt etliche Themen, die sich städteübergreifend gestalten lassen. Wichtig ist dazu der politische Wille der Kommunen und die Bereitschaft, über die kommunalen Grenzen hinaus zu gestalten (Prof. Herbert Beck). Die Wissenschaft kennt keine Grenzen. Insofern ist ihre Eigenschaft einer regionalen, aber auch über die Region hinausgehenden Vernetzung kongenial (Prof. Klaus Ring).

Stiftungen und Bürgervereinigungen sind der Kern der aktiven Bürgergesellschaft. Sie zu bewahren und weiterzuentwickeln ist vordringliche Aufgabe (Prof. Herbert Beck). Wahlbeteiligung und Bürgerengagement sind nicht gleichzusetzen. Entscheidend für die Bürgergesellschaft ist ein Gleichgewicht von Freiheit und Verantwortung. Freiheit ohne Begrenzung gefährdet ihre eigenen Grundlagen, Verantwortung braucht Freiheit, um sich gesellschaftlich entfalten zu können (Prof. Klaus Ring). Die Aufregungen der letzten Zeit haben dazu geführt, dass die Bürger in ihrem Wahlverhalten wechselhaft sind. Das ist nicht nur negativ zu beurteilen, sondern kann auch als Zeichen dafür verstanden werden, dass die Bürger ihr Wahlrecht wieder verstärkt als ein Mittel der effizienten politischen Einflussnahme verstehen – was letztlich wünschenswert ist (Minister Boddenberg). Wahlfreiheit heißt auch, dass man das Recht hat, nicht zu wählen. Das muss kein antidemokratischer Reflex sein (Stadtrat Becker).

Mobilität wird zum Kennzeichen der Region. Das muss beileibe kein Nachteil sein. Ein Beispiel dafür sind die Wissensnomaden, die dorthin gehen, wo sie die besten Bedingungen vorfinden. Die Region muss diese Impulsgeber gewinnen. Sie sind der Humus für Fortschritt und Entwicklung (Prof. Klaus Ring). Stiftungen sind die Avantgarde organisierten Bürgersinns. Sie müssen wachsen und in der Region gehört werden. Ihre Innovationen müssen genutzt werden, denn keiner sonst kann in dieser Unabhängigkeit wie sie neue Wege gehen. Dieses Kapital ist eine besondere Stärke von Frankfurt Rhein-Main, gerade für die Zukunftsfähigkeit der Region. Zivilgesellschaftliche und interkommunale Zusammenschlüsse müssen verstärkt aufgebaut werden. Sie brauchen Gestaltungsfreiheit, um kulturelle und soziale Erneuerung zu ermöglichen (Prof. Herbert Beck). Wer die Bürgergesellschaft in Zukunft gestalten will, muss nicht nur sachlich und fachlich gut planen,

sondern auch die Emotionen der Menschen einbeziehen. Es wird in Zukunft viel mehr darauf ankommen, Vorhaben, Reformen und dergleichen verständlich, nachvollziehbar und annehmbar zu präsentieren als bisher. Große Vorhaben müssen die Menschen erreichen und überzeugen können, sonst werden sie nicht realisierbar sein (Prof. Speer).

Die Stimmen der Diskutanten waren vielfältig. Sehr verknappt lassen sich folgende Einschätzungen und Ergänzungen zusammenfassen: Die Bürgergesellschaft sei nicht annähernd so stark, wie verschiedene Beiträge es darstellten. Bürgerengagement erodiere vielmehr. Die gesellschaftlichen Kräfte, die es trugen, seien in Auflösung. – Junge Leute seien heute nicht mehr in gleicher Weise wie früher für das Engagement zu gewinnen. Neue mediale Formen seien weniger verlässlich und langfristig angelegt, würden aber zur Regel. Es sei ungewiss, wie sich diese sozialen Beziehungen entwickelten und welche gesellschaftlichen Folgen das für die Bürgergesellschaft haben werde. – Eine Hälfte der Gesellschaft sei zu wenig beachtet worden: die Frauen. – Mit Blick auf die Bürgerregion Frankfurt Rhein-Main wurde angeregt, regionale Foren für die Themen Integration und Ehrenamt einzurichten, damit die Kommunen die erfolgreichsten Lösungswege kennen lernen, die vor ihrer Haustür möglicherweise schon entwickelt worden sind.

Genug Stoff also, der zu weiteren Diskussionen über Bürgergesellschaft, Bürgerstädte und Bürgerregionen anregen kann.